



Pressemitteilung

Datum 07.06.2013

Arbeitskreis Räumliche Neuordnung legt gemeinsame Ziele fest

Zu seiner dritten Sitzung kam gestern Abend der Arbeitskreis Räumliche Neuordnung zusammen. Im Matthäus-Hummel-Saal diskutierten Mitglieder des Gemeinderates mit Vertretern des Einzelhandels, der Architektenkammer, der Bürgerinitiative (BI) und der Verwaltung über das weitere Verfahrenskonzept, um eine tragfähige und kostengünstige Lösung für eine effiziente neue Verwaltungsstruktur zu erarbeiten. Der erste Schritt im Bearbeitungsprozess, die Zielfindung und –bewertung, wurde dabei erfolgreich abgeschlossen.

Dabei ging es um die Frage, welche konkreten Ziele der Arbeitskreis verfolgt und wie diese erreicht werden können. Weitgehendes Einvernehmen herrschte darüber, dass es am Ende dieses Prozesses wohl zu einer Reduzierung der momentan noch bestehenden Verwaltungsstandorte kommen müsse. Der Arbeitskreis definierte gemeinsam die Anliegen der Interessensgruppen und einigte sich auf mehrere Hauptvorhaben der räumlichen Neuordnung:

Die Steigerung der Bürgerfreundlichkeit, zum Beispiel durch barrierefreie Zugänge zu Ämtern, ausreichend Parkplätze für die Kunden vor Verwaltungsgebäuden und eine schnelle Reaktionszeit der Verwaltung ist für den Arbeitskreis ebenso ein wichtiges Ziel. Wichtig ist eine Optimierung der Effizienz, indem u.a. Investitions-, Betriebs- und Sachkosten möglichst wirtschaftlich eingesetzt werden. Zudem räumte der Arbeitskreis einer effektiveren Ablauforganisation beispielsweise durch schnelle Erreichbarkeiten und moderne Arbeitsbedingungen innerhalb der Verwaltung eine hohe Priorität ein.

Als weitere maßgebliche Ziele definierte der Arbeitskreis die Stärkung der gegenseitigen Identifikation zwischen Bürgern und Verwaltung, eine Verbesserung der Arbeitszufriedenheit der städtischen Beschäftigten und eine bessere Energie- und Ökobilanz der städtischen Verwaltungsgebäude. Doch auch die Betrachtung des Gesamtumfelds der Stadt ist für die Mitglieder des Gremiums von Bedeutung. Zudem soll die Stadt als Oberzentrum gestärkt und die weitere Belebung der Innenstädte in Villingen und Schwenningen vorangetrieben werden.

Mit einer erneuten Analyse der Verwaltungsgebäude will der Arbeitskreis Klarheit darüber gewinnen, wo eine räumliche Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten notwendig, sinnvoll und möglich ist. Im Zuge dieser Untersuchung wird in den nächsten Sitzungen eine Bestandsanalyse der vorhandenen Räumlichkeiten mit ihren Nutzflächen und der Anzahl der dort Beschäftigten durchgeführt. Die Gebäude werden auch nach ihrem baulichen Zustand und ihrem baulichen Potential geprüft. Über verschiedene Arbeitsmethoden werden dann sogenannte Szenarien gebildet. Diese zeigen verschiedene Lösungswege auf, wie die Gebäude optimal genutzt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinnvoll untergebracht werden.

Einig ist sich der Arbeitskreis darüber, dass die Rathäuser Villingen und Schwenningen einschließlich der Bürgerservicezentren als Verwaltungsgebäude bestehen bleiben und weiter betrieben werden.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird im Juli auf der städtischen Internetseite veröffentlicht.